

**Antrag****Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Soziale Unterstützungsleistungen für Studierende wichtiger denn je: Land darf Hessens Studierendenwerke mit Kostensteigerungen nicht alleine lassen

PZ
→WKA

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag betont, dass die hessischen Studierendenwerke einen wesentlichen Beitrag zur Chancengerechtigkeit in der Hochschulbildung leisten. Mit ihren diversen sozialen Angeboten und Unterstützungsleistungen – von kostengünstigen Wohnheimplätzen und Mensa-Essen, über Kinderbetreuung und psychologische Beratung bis hin zu Härtefall-Darlehen für Notsituationen – sind sie insbesondere für Studierende mit geringen wirtschaftlichen Ressourcen eine wichtige Unterstützung in vielen Lebenssituationen. Ihre Arbeit ist deshalb unerlässlich für gute Studienbedingungen und offene Hochschulen in Hessen.
2. Der Landtag stellt fest, dass die mit dem Tarifabschluss vereinbarten Erhöhungen – so richtig und wichtig sie für die Beschäftigten sind – nicht nur massive finanzielle Auswirkungen auf Hessens Hochschulen, sondern auch auf die hessischen Studierendenwerke haben. Diese Personalkostensteigerungen treffen die Studierendenwerke zu einer Zeit, da gestiegene Lebensmittelpreise und Baukosten ohnehin schon zu einem hohen Kostendruck für die Hochschulgastronomie und der Bereitstellung von studentischem Wohnraum führen. Allein den finanziellen Mehrbedarf für die Finanzierung des Tarifabschlusses beziffern die Studierendenwerke auf ca. 5,3 Millionen Euro im Jahr 2025.
3. Der Landtag appelliert deswegen an die Landesregierung, die Studierendenwerke mit der Finanzierung des Tarifabschlusses nicht alleine zu lassen. Gemeinsam mit den Studierendenwerken muss das Land an Lösungen arbeiten, die Versorgung von Studierenden aufrecht zu halten und zukunftssicher aufzustellen. Ein ausbleibender Mittelaufwuchs oder gar Kürzungen bei den Zuschüssen hätten unmittelbare Auswirkungen auf sämtliche Aufgabengebiete der Studierendenwerke und würden Kürzungen bei Beratungsleistungen, Qualitätsverluste sowie Schließungen von Einrichtungen in der Hochschulgastronomie, wertminderndes Aufschieben von Wohnheimsanierungen u.v.m. nach sich ziehen. Zusätzlich wäre eine stärkere Belastung der Studierenden über Erhöhungen der Sozialbeiträge, von Mensa-Preisen sowie Wohnheimmieten kaum zu vermeiden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 12. November 2024

Der Fraktionsvorsitzende:

Mathias Wagner (Taunus)